

Sabine Fischer

Transformation zur Demokratie - Wo steht Russland nach einem Jahr Putin?

HSFK-STANDPUNKTE 7/2000



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

Fast zehn Jahre nach dem Bruch mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung hat Russland den ersten friedlichen und auf demokratischen Wahlen beruhenden Machtwechsel erlebt. Nachdem Boris Jelzin im Juni 1991 zum Präsidenten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik gewählt und 1996 für weitere vier Jahre darin bestätigt worden war, gab er das Amt zum Jahreswechsel 1999/2000 vorzeitig ab. Als Interimspräsidenten setzte er Wladimir Putin ein, den er bereits im Sommer zuvor zum Ministerpräsidenten ernannt und dem russischen Wahlvolk zu seinem Nachfolger empfohlen hatte. Putin gewann denn auch die vorzeitig anberaumten Präsidentschaftswahlen am 26. März 2000.

Wladimir Putin präsentiert sich in vielem als das genaue Gegenteil seines greisen Mentors. Der körperlichen und zeitweise auch geistigen Schwäche Jelzins setzt er Konzentration und Entschlossenheit, Dynamik und Handlungsfähigkeit entgegen. Auf der Homepage der russischen Regierung war gar eine Photographie des Ministerpräsidenten im Judoanzug mit schwarzem Gürtel zu bewundern - Demonstration seiner Jugend und Sportlichkeit. Die erste Maßnahme, durch die er im Spätsommer 1999 hervortrat, war die "Anti-Terror-Aktion" in Tschetschenien, die ihm bei der russischen Bevölkerung besonders nach den Bombenattentaten im September enorme Popularität einbrachte. Der Krieg stand für die Ziele, die er sich als Präsidentschaftskandidat zum Programm gemacht hatte: die Wiederherstellung der Ordnung in Russland und die Sicherheit der russischen Bürger. Dem Ausland trat der neue russische Präsident zugleich offen und distanziert gegenüber und versäumte bei keiner Begegnung mit westlichen Staatsechefs den Hinweis auf Russlands nationale Interessen und seinen Status als Großmacht, der respektiert und geachtet werden müsse.

Die Konsequenz und Souveränität, mit der er diese Inhalte präsentierte, ließen ihn in der russischen Öffentlichkeit schnell zum langersehten "Anti-Jelzin" avancieren, und als solcher wurde er zum neuen russischen Präsidenten gewählt. Dabei geriet in Vergessenheit, dass Putin seine Karriere nicht in Opposition, sondern als Jelzins erklärter Thronfolger angetreten hatte. Mehr noch: Er war ein Produkt der "Familie", also der Kamarilla um den früheren Präsidenten, die als Inkarnation der Korruption und Verzerrung demokratischer Institutionen in der Ära Jelzin gilt. Putin wird sich letztlich daran messen lassen müssen, ob er sich gegen das System, das ihn hervorgebracht hat, stellen kann und will.

Ist also der Übergang von Jelzin zu Putin Indiz für einen Wandel in der Entwicklung der russischen Gesellschaft hin zur Konsolidierung der Demokratie in Russland? Ist er die Fortschreibung der Ära Jelzin oder gar ein Schritt zurück zu einem autoritären Führersystem? Diese Fragen reihen sich ein in die Diskussion, ob Russland sich in einem Transformationsprozess aus der Despotie zur Demokratie befindet, oder ob die russischen gesellschaftlichen Entwicklungen von dieser das Denken der westlichen Transformationsforschung dominierenden Linearität abweichen.

Putins Reforminitiativen

Bereits kurz nach den Wahlen zur Staatsduma und der Ernennung Putins zum Interimspräsidenten im Dezember 1999 zeichneten sich auf innenpolitischer Ebene wichtige Veränderungen ab. In der Duma entstand nach dem unerwarteten Sieg der Vereinigung "Edinstwo-Medwed" (Einheit - der Bär) erstmals eine Konstellation politischer Kräfte, deren politische Ausrichtung nicht auf die grundsätzliche Blockade der Exekutive hinauslief. Diese neue Kräftekonstellation eröffnete nach sechs Jahren wechselseitiger Ignoranz und Blockade die Aussicht auf ein Miteinander von Parlament und Präsident.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit nahm Putin zwei zentrale Probleme in Angriff, die das Funktionieren des politischen und wirtschaftlichen Systems während der Jelzin-Ära stark beeinträchtigt haben: die Straffung des russischen Föderalismus und die Verabschiedung einer neuen Steuergesetzgebung.

Die Reform des russischen Föderalismus

Die Reform des föderalen Staatsaufbaus hat Putin im Frühjahr mit einem Dekret und mehreren Gesetzesinitiativen eingeleitet. Zunächst verfügte er eine Reduzierung der Anzahl präsidentieller Vertreter in den Regionen von zuvor 89 (ein Stellvertreter pro Region) auf sieben. Die Grenzen der Gebiete, für die sie zuständig sind, stimmen mit denen der russischen Militärbezirke überein. Fünf der sieben neu-

en Stellvertreter gehörten bis zu ihrer Ernennung den Sicherheitsdiensten an. Die neue Regelung soll - nachdem die bisherigen Stellvertreter sich als machtlos erwiesen hatten - die föderale Kontrolle über die Regionen stärken. Die Aufgabe der "Präfekten" besteht vor allem darin, die Umsetzung föderaler Politik und föderalen Rechts auf der regionalen Ebene zu überwachen. Ein weiterer Reformschritt besteht in der veränderten Repräsentation der Regionen im Föderationsrat. Waren bisher die Präsidenten der Republiken und Gouverneure der Gebiete und Regionen sowie die jeweiligen Vorsitzenden der regionalen Parlamente vertreten, sollen sie in Zukunft nur noch Vertreter für den Föderationsrat ernennen dürfen. Diese Maßnahme zielt darauf ab, zum einen den Föderationsrat in ein Arbeitsparlament zu verwandeln, zum anderen die Konzentration der Republikpräsidenten und Gouverneure auf ihre jeweiligen Territorien zu fördern. Dahinter steht jedoch auch die Absicht, den direkten Einfluss der regionalen Führer auf die Politik des Moskauer Zentrums zu schwächen. Gleichzeitig wurde die Gründung eines konsultativen Staatsrates beim Präsidenten beschlossen, der sich wiederum aus den Gouverneuren zusammensetzen soll.

Da die Vertreter der regionalen Exekutiven von den regionalen Parlamenten bestätigt werden müssen, könnte man von einer Stärkung der regionalen Parlamente durch die föderale Reform Putins ausgehen. Dem steht jedoch entgegen, dass der Präsident sich die Absetzung von Gouverneuren und die Auflösung regionaler Parlamente vorbehält, sollten diese gegen föderales Recht verstoßen. Diese Regelung widerspricht der Souveränität des Wahlvolkes, das Republikpräsidenten, Gouverneure und Parlamente direkt bestimmt. Sie entspricht jedoch andererseits der Notwendigkeit, gegen regionale Gesetze und Verfassungsbestimmungen vorzugehen, die in den vergangenen Jahren im Widerspruch zu föderalem Recht erlassen worden sind.

Nach einigen Wochen der Diskussion über die Reformvorschläge stimmten die Gouverneure ihrer Entmachtung im Föderationsrat zu. Damit hat Putin im Kampf gegen den "regionalen Separatismus", wie er sich in einer eigens diesem Thema gewidmeten Fernsehansprache im Mai äußerte, zumindest formal ein wichtiges Etappenziel erreicht. Es ist jedoch keineswegs sicher, ob die Reformen des Föderationsrates die gewünschte Wirkung zeigen und die Präfekten tatsächlich die Kontrolle über die regionale Politik gewinnen werden. Welche Rolle der Staatsrat in der föderalen Politik spielen wird, ist ebenfalls noch unklar. Kritiker der Reforminitiative verweisen auf die Schwächung des föderalen Prinzips und warnen vor der Rückkehr des russischen politischen Systems in den traditionellen Zentralismus.

Die Steuergesetzgebung

Die 1991 erlassenen Steuergesetze erwiesen sich als lückenhaft und schwer umsetzbar. Dies führte zu zahlreichen punktuellen Veränderungen, bis schließlich ein Konglomerat sich widersprechender Regelungen entstanden war. Die dringend gebotene Reform des Steuersystems war jedoch seit 1996 immer wieder verschleppt und im Streit zwischen Präsident Jelzin und dem kommunistisch/nationalistisch dominierten Parlament instrumentalisiert worden. Diese jahrelange Verzögerung verstärkte die Undurchsichtigkeit des russischen Steuersystems, brachte den Staat um immense Einnahmen und schränkte so seinen Handlungsspielraum weiter ein. Auch subventionsabhängige Bereiche wie das Gesundheits- und das Bildungswesen, ganz zu schweigen vom Lohn- und Gehaltssektor, waren betroffen.

Der erste, allgemeine Teil der Steuerreform wurde 1998 in der Duma verabschiedet und trat im Januar 1999 in Kraft. Die Beratungen über den zweiten Teil sollten im Frühjahr 2000 wiederaufgenommen werden. Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse hatte die Regierung keine Schwierigkeiten, ihren Entwurf durch die Duma zu bringen. Das Gesetz sieht eine Vereinfachung der steuerlichen Regelungen sowie die Entlastung der Einkommen vor, um die Zahlungsmoral in der Bevölkerung zu heben. Da das Parlament bisher das größte Hindernis für die gesetzliche Verankerung wirtschaftlicher Reformen war - erinnert sei an die noch immer ausstehende Bodenreform -, keimte nach der Verabschiedung der Steuergesetzgebung die Hoffnung auf, das Tempo struktureller wirtschaftlicher Reformen könnte sich in Zukunft spürbar erhöhen. Für die Beschleunigung und Effektivierung der Reformen spricht außerdem, dass Putin eine Reihe von jungen, reformorientierten Experten als Berater um sich versammelt hat. Ein weiterer positiver Indikator ist der hohe Handelsbilanzüberschuss, der sich aus der Steigerung der Energiepreise ergibt und dem Staat einen größeren Handlungsspielraum verschafft.

Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die neuen Regelungen umsetzen lassen und ob von ihnen ein breiterer Reformschub ausgeht. Die Schwäche des politischen Systems lag in den vergangenen Jahren schließlich vor allen Dingen in der Implementation und weniger in der Verabschiedung von Gesetzen und Dekreten.

Putin und die Oligarchen

Eine Gruppe von Akteuren, die im innenpolitischen Machtgefüge Russlands eine zentrale Rolle spielt, sind die sogenannten "Oligarchen". Es handelt sich dabei um einen kleinen Kreis von Unternehmern und Industriellen, die in den ersten Jahren der wirtschaftlichen Transformation enorme Vermögen zusammentragen konnten. Sieben von ihnen schlossen sich 1996 zusammen und unterstützten Boris Jelzin im Präsidentschaftswahlkampf gegen seinen kommunistischen Gegner Sjuganow. Nach Jelzins Wiederwahl erhielten sie zu ihrer wirtschaftlichen auch weitreichende politische Macht und Einfluss auf die Entscheidungen in den innersten Zirkeln des Kreml.

Putins kometenhafter Aufstieg hing vor allem damit zusammen, dass diese "Familie" Jelzins ihn als dessen Nachfolger auf das Schild hob. Ohne die Unterstützung der Magnaten hätte der Unbekannte aus St. Petersburg keine Chance gehabt, in dieser kurzen Zeit das Präsidentenamt zu erringen. Nach seiner Wahl war der neue Präsident jedoch gezwungen, zu den "Grauen Eminenzen" des russischen politischen Systems Position zu beziehen. Die Oligarchen sind aufgrund ihres Reichtums in der weitgehend verarmten Bevölkerung verhasst. Sie stehen als Symbol für den Filz und die Korruption der Jelzin-Ära, die viele Menschen in Russland mit dem totalen Niedergang ihres Landes verbinden. Als "Mann des Volkes und der Ordnung" und besonders als "Anti-Jelzin" musste Putin nun Maßnahmen gegen die mächtigen Vertrauten seines Vorgängers einleiten.

Ein Ereignis, das im In- und Ausland großes Aufsehen erregte, war die Festnahme Wladimir Gusinskis am 13. Juni. Gusinski gehörte selbst zu den besagten Unternehmern, die ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht im Wahlkampf 1996 zugunsten Jelzins in die Waagschale geworfen hatten. Er steht an der Spitze des Medienimperiums Media Most, dem neben dem einzigen unabhängigen landesweiten Fernsehsender NTW auch die Radiostation "Echo Moskwy", die liberale Tageszeitung "Segodnja" und das oppositionelle Wochenblatt "Itogi" angehören.

Die Festnahme Gusinskis wurde mit zwei widersprüchlichen Tendenzen der Politik des neuen Präsidenten in Verbindung gebracht: Zum einen stand sie für eine offene Kampfansage an die Oligarchen. Zum anderen sah man in der plötzlichen und willkürlichen Verhaftung einen Angriff auf die Pressefreiheit. Liberale politische Kreise fühlten sich in ihren Befürchtungen bestätigt, die Wahl des ehemaligen KGB-Mitarbeiters zum Präsidenten bedeute nichts Gutes für die Einhaltung demokratischer Grundrechte. Putin hat im Laufe der letzten Monate tatsächlich mehrmals autoritäre Neigungen erkennen lassen, wenn es um den Umgang mit kritischen Medien ging. Nach wie vor kommen in Russland Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes ums Leben. Drohungen und repressive Maßnahmen gegen Fernseh- und Rundfunksender sowie Printmedien sind Alltagserscheinungen. Davon war vor allem NTW wegen seiner regierungskritischen Haltung immer wieder betroffen.

Nach der Verhaftung ging eine Welle des Protestes nicht nur durch die Reihen der liberalen Journalisten und Politiker. Auch politische Gegner Gusinskis und andere Oligarchen kritisierten das Vorgehen der Generalstaatsanwaltschaft als Willkürakt und setzten sich für seine Freilassung ein. Putin wurde während eines Staatsbesuchs in Deutschland und Spanien von den innenpolitischen Ereignissen im eigenen Land eingeholt - und offensichtlich überrascht. Er wirkte schlecht informiert, machte widersprüchliche Aussagen zu den Ereignissen in Moskau und schien ganz offensichtlich nicht Herr der Lage zu sein. Nach drei Tagen, in denen die russische Öffentlichkeit erschöpfend über die Befindlichkeiten Wladimir Gusinskis in der Moskauer Butyrka - einem Gefängnis, in dem vorzugsweise Schwerverbrecher einsitzen - unterrichtet worden war, fand der plötzliche Spuk ein ebenso unerwartetes Ende: Noch bevor Putin von seiner Reise zurückgekehrt war, kam Gusinski auf freien Fuß. Nach einigen Wochen wurde das Verfahren gegen ihn aus Mangel an Beweisen eingestellt. Im Sommer begannen Verhandlungen über den Verkauf der Media-Most-Gruppe an den halbstaatlichen Konzern Gasprom. Bei diesem ist das Medien-Imperium hoch verschuldet, was dem Kreml bereits seit längerer Zeit als politisches Druckmittel dient.

Ein anderer Oligarch, gegen den ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet wurde, ist Wladimir Potanin, Direktor der weltgrößten Nickelproduktion "Norilsk Nickel". Ihm wird vorgeworfen, sich bei der Privatisierung des Unternehmens Mitte der neunziger Jahre unrechtmäßig große Anteile gesichert zu haben. Ein Verfahren gegen den "reichsten Mann Russlands", Boris Beresowski, im Zusammenhang mit dem Luftfahrtunternehmen Aeroflot, ist bereits seit einiger Zeit anhängig.

All diese Verfahren sind mit einem zentralen Problem behaftet: In einem Staat, in dem es keine stringente Gesetzgebung und kein stringentes Steuersystem gibt, ist es fast unmöglich, Wirtschaftsverbrechen nachzuweisen und zu begründen oder sie überhaupt als solche zu definieren. Die allgemeine Regellosigkeit hat außerdem dazu geführt, dass Selbstbereicherung und Korruption in den staatlichen Bürokratien und in der entstehenden Privatwirtschaft Alltagserscheinungen wurden. Der wohl exponierteste Vertreter dieses "Systems", Boris Beresowski, fordert seit einiger Zeit eine "Generalamnestie" für die Angehörigen der neuen Wirtschaftselite: Wer in den Jahren des Übergangs (gemeint sind die frühen neunziger Jahre) die Möglichkeiten genutzt habe, um Unternehmen aufzubauen, sei zwangsläufig in Konflikt mit den bestehenden Gesetzen und der Verfassung geraten. Die Mangelhaftigkeit des Rechtssystems erfordere eine generelle Entlastung derjenigen, die in dieser Phase die kapitalistische Entwicklung in Russland vorangetrieben hätten. Beresowski stellte sich im Juli offen gegen Putin: Er legte aus Protest gegen die Gesetze über den russischen Föderalismus sein Duma-Mandat nieder, warnte vor der Rückkehr zum autoritären Staat und kündigte die Bildung einer "konstruktiven Opposition" an. Anfang September übergab er seine Anteile am ersten Fernsehprogramm (ORT) an eine Gruppe von Künstlern und Journalisten, die unter dem Vorzeichen der "konstruktiven Opposition" gegen die Wiedereinführung autoritärer Elemente in das politische System ankämpfen sollen. Dieser Schachzug ist besonders delikat, weil es gerade der "Königsmacher" Beresowski war, der vor den Dumawahlen Ende 1999 über ORT eine beispiellose Schmutzkampagne gegen die Gegner Putins, vor allem Jurij Luschkow und Jewgenij Primakow, führen ließ.

Die öffentliche Unterstützung für Putins Reforminitiativen blieb trotz der gelegentlich zur Schau getragenen Ratlosigkeit des Präsidenten hoch. Seine Erfolge in der Duma verliehen dem Präsidenten den Anschein fast unbegrenzter innenpolitischer Macht. Die Konflikte mit den Oligarchen sind in den Augen der meisten Russen ein Kampf gegen Dekadenz und Korruption, der zu seinen ersten Aufgaben zählt. Ordnung rangiert auf der Prioritätenliste der Mehrheit weit vor Meinungs- und Pressefreiheit. Deshalb nahm die Bevölkerung Gusinskis Verhaftung eben auch als Vorgehen gegen einen korrupten Tycoon wahr. Die wachsende Bedeutung der Geheimdienste stößt bei vielen Menschen ebenfalls nicht auf Ablehnung. Wieder ist es die Ordnung, der angesichts der exponentiell anwachsenden Kriminalität und der Verfilzung staatlicher und illegaler Strukturen größere Bedeutung zugeschrieben wird.

Putins Außenpolitik

Im ersten Halbjahr 2000 waren die Außenbeziehungen Russlands von zwei Tendenzen geprägt: Zum einen die Auseinandersetzung über den Tschetschenienkrieg, zum anderen die vorsichtige Annäherungen zwischen Putin und den Staatschefs der wichtigsten westlichen Partner.

Der Krieg in Tschetschenien und die Raketenabwehrpläne der USA

Im April forderte die Parlamentarische Versammlung des Europarates den Ausschluss Russlands für den Fall, dass Moskau nicht bis Mai wesentliche Fortschritte in der Beilegung des Tschetschenienkonfliktes gemacht habe. Moskau reagierte darauf mit dem - seit Beginn des Krieges gebetsmühlenartig vorgetragenen - Verweis, es handele sich bei der "Anti-Terror-Maßnahme" in Tschetschenien um eine innere Angelegenheit. Es stellte sich heraus, dass das Problem eher zu einer Spaltung innerhalb des Europarates als zu einem Einlenken Russlands führen würde. Während die Außenminister der Mitgliedsstaaten Anfang Mai die Entschließung der Parlamentarischen Versammlung ignorierten und in einem Kommuniqué Russland für die "Fortschritte bei der Verbesserung der Menschenrechtslage" in Tschetschenien lobten, hielten die Parlamentarier an ihren Forderungen fest. Moskau führt derweil weiter Krieg in Tschetschenien. Die Menschenrechtssituation hat sich nicht verbessert, die Flüchtlingsfrage ist nicht gelöst, mittlerweile droht die Auseinandersetzung auch auf die benachbarte Repu-

blik Inguschetien überzugreifen. Nach wie vor machen die Mitgliedsstaaten des Europarates jedoch keine Anstalten, Russland auszuschließen.

In Putins außenpolitischer Vorstellung ist Russland eine Großmacht, die die politischen Entwicklungen in der multipolaren Welt entscheidend mitbestimmen muss. Diesem patriotischen Rollenverständnis entspricht das entschlossene Eintreten für russische "nationale Interessen", die nur partiell mit denen des Westens identisch sind. Während Putin bei seinen Begegnungen mit europäischen Staatschefs seit dem Jahreswechsel immer wieder Offenheit und Bereitschaft zu Kooperation betont hat, sind die Beziehungen zwischen Russland und den USA merklich abgekühlt. Als problematisch betrachtet die russische Seite besonders die amerikanischen Pläne, ein nationales Raketenabwehrsystem (National Missile Defence, NMD) ins Leben zu rufen. Hierzu müsste Washington entweder den 1972 abgeschlossenen ABM-Vertrag aufkündigen oder sich gemeinsam mit Russland auf seine Veränderung verständigen. Moskau lehnt derartige Ansinnen jedoch kategorisch ab und fordert von den USA den Verzicht auf das Programm. Dennoch demonstriert der russische Präsident Gesprächsbereitschaft. Die von ihm stark geförderte Ratifizierung des START II-Vertrages von 1993 kann auch als Versuch gewertet werden, die USA unter konstruktiven Zugzwang zu setzen.

Russland als Teil der G-8?

Ein wichtiger Moment in den außenpolitischen Aktivitäten des neuen Präsidenten war der G-7-Gipfel in Okinawa/Japan Mitte Juli 2000. Die Geschichte der Beziehungen zwischen dem "neuen Russland" und den "Großen Industrienationen" im vergangenen Jahrzehnt ist von Ambivalenzen und Schwankungen geprägt. Erklärtes Ziel der russischen Politik war die gleichberechtigte Aufnahme in den Kreis der führenden Staaten, dem es sich als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion und zweitgrößte Atommacht der Welt zugehörig fühlte. Die G-7 standen dem russischen Ansinnen reserviert gegenüber, da der Verlauf des Transformationsprozesses weder wirtschaftlich noch politisch Anlass zu großem Optimismus gab. Gleichzeitig scheute man eine klare Zurückweisung, die eine Konfrontation mit der "Großmacht auf tönernen Füßen" nach sich ziehen konnte.

Ausdruck dieses Zögerns waren Veränderungen in der Bezeichnung des Gipfels, wie "G-7 + Russland", und Modifikationen im Ablauf der Treffen, die Russland beispielsweise zu den politischen Tagesordnungspunkten zuließen, aus den Sitzungen wirtschaftlichen Inhalts aber ausschlossen. Die vollständige Aufnahme Russlands und die endgültige Umbenennung des Gremiums von G-7 in G-8 waren immer wieder Diskussionsgegenstand und wurden zeitweise auch wie eine Art Belohnung für russisches Wohlverhalten in internationalen Krisensituationen ausgelegt. 1999 reiste der damalige russische Präsident Jelzin als "gleichberechtigter Partner" zum G-7/Russland-Gipfel nach Köln, weil Russland sich an den Vermittlungsbemühungen um die Beendigung des Kosovo-Krieges beteiligt und letztendlich die Positionen der kriegführenden NATO weitgehend akzeptiert hatte. Die innenpolitische Kritik, die Jelzins Kosovo-Politik auslöste, der Beginn des Krieges in Tschetschenien und die innenpolitischen Entwicklungen des zweiten Halbjahres 1999 ließen diese Regelung jedoch bald wieder fragwürdig erscheinen. Die Position Putins war, als er sich Mitte Juli zum "G-?-Gipfel" in Okinawa aufmachte, deshalb zunächst unklar.

Der russische Präsident besuchte vor dem Gipfel in Okinawa die Volksrepublik China und Nord-Korea. In Peking stand der russisch-chinesische Protest gegen die amerikanischen NMD-Pläne im Vordergrund der Gespräche. Beide Staaten werfen den USA vor, dieses System nicht gegen die so genannten Schurkenstaaten zu richten, sondern mit seiner Hilfe die eigene internationale Vorherrschaft gegenüber anderen Großmächten ausbauen zu wollen. Im Gegenzug betonten Putin und Jiang einmal mehr die russisch-chinesische "strategische Partnerschaft", die den multipolaren Charakter der internationalen Ordnung gegen die Vormachtbestrebungen "Einzelner" stärken solle.

Aus Nordkorea brachte der russische Präsident die sensationelle Nachricht nach Okinawa, Pjöngjang sei zum Verzicht auf sein Raketenprogramm bereit, wenn es aus anderen Quellen mit der nötigen Technologie für die friedliche Nutzung des Weltraumes ausgestattet würde. Abgesehen von den lukrativen Aufträgen, die diese Wende der russischen Raumfahrtindustrie verschaffen könnte, ging es auch hier um das Sammeln von Argumenten gegen das amerikanische Raketenabwehrsystem.

Die Initiative Putins schien zunächst sehr erfolgreich zu sein. Durch den Besuch in Peking rückten die Beziehungen zu China wieder in den Vordergrund. Putin zeigte in Korea zu einem Zeitpunkt Präsenz, als die internationale Gemeinschaft noch staunend vor der unerwarteten Wiederannäherung der beiden koreanischen Staaten stand. Die einflussreiche Tageszeitung "Nezavisimaja Gazeta" bezeichnete diesen Umstand gar als "Geschenk des Schicksals". Russische und internationale Medien verglichen Putins diplomatischen Erfolge mit den vergeblichen Vermittlungsbemühungen des scheidenden amerikanischen Präsidenten im Nahost-Konflikt - ein weiterer Pluspunkt für Putin. Er trat so in Okinawa als initiativer Staatschef an und wurde von seinen Gipfelpartnern - wie auch schon bei Staatsbesuchen z. B. in Deutschland und Großbritannien - entsprechend wahrgenommen und mit Lob und Anerkennung für seine Sachkenntnis und konstruktive Mitarbeit überhäuft. Wieder dachte man laut darüber nach, Russland zum vollberechtigten "Teilnehmer der ganzen Show" zu machen.

Der Rückblick zeigt, dass der Gipfel in Okinawa tatsächlich eine Show ohne konkrete politische Ergebnisse und Folgen war. Im Vorfeld sprach vor allem die russische Seite davon, man wolle auf dem Gipfel das Thema verhandeln, das die russische Diplomatie gegenwärtig am meisten umtreibt: die Gefährdung des ABM-Vertrages durch die amerikanischen Raketenabwehrpläne. Davon war in der Abschlusserklärung des Gipfels jedoch nicht viel zu bemerken. Stattdessen fielen die Formulierungen des Dokuments so vage aus, dass alle Teilnehmer ihm mühelos zustimmen konnten. Russland ist es im Rahmen der G-7 zumindest in diesem Jahr nicht gelungen, in den erlauchten Kreis der "Beherrscher der Welt" aufzusteigen. Hinzu kommt, dass die Rede von der strategischen Partnerschaft mit China angesichts der wirtschaftlichen Ausrichtung Chinas nach Westen bekanntermaßen einen eher hohlen Klang hat. Die nordkoreanische Führung indes machte kurze Zeit nach dem Besuch Putins klar, dass es sich bei dessen Äußerungen über ihre Raketenpläne wohl um ein Missverständnis gehandelt habe und ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen sehr viel geringer sei als vom russischen Präsidenten angekündigt. Damit war auch dieser Trumpf Putins auf der internationalen Bühne in Frage gestellt.

Russland und die friedliche Revolution in Belgrad

Als im Oktober 2000 mit den gesellschaftlichen Protesten gegen die Wahlfälschungen bei den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen die letzte Stunde des Gwaltherrschers Milosevic anbrach, verschob sich auch das Koordinatensystem der russischen Balkanpolitik. Milosevic hatte, trotz vieler Missverständnisse und Unstimmigkeiten zwischen Belgrad und Moskau, als eine Art Partner auf der internationalen Bühne gegolten. Die russische Führung zeigte sich von der raschen Entwicklung der Ereignisse in der Hauptstadt überrascht und reagierte langsam. Zunächst wollte man sich hinsichtlich der Wahlergebnisse und Fälschungsvorwürfe nicht festlegen. Statt dessen reiste Außenminister Iwanow nach Belgrad, um zwischen den innenpolitischen Gegnern zu vermitteln. Dann lud Putin Milosevic und Kostunica ein, nach Moskau zu kommen und sich dort unter seiner Vermittlung um eine Einigung zu bemühen. Die russischen Vermittlungsangebote wurden im westlichen Ausland und von der jugoslawischen Demokratiebewegung mit großer Skepsis betrachtet. Kostunica lehnte die Einladung, gemeinsam mit Milosevic nach Moskau zu kommen, rundheraus ab. Bei seinem Besuch in Belgrad gratulierte der russische Außenminister Iwanow Kostunica zwar zu den Wahlen, erkannte ihn aber nicht als zukünftigen jugoslawischen Präsidenten an. Das Treffen Iwanows mit Milosevic rief Argwohn hervor, besonders deshalb, weil Milosevic im Anschluss erklärte, auf die politische Bühne zurückkehren zu wollen.

Insgesamt jedoch hatte Russland mit einer Milosevic-freundlichen Position angesichts der Ereignisse in Jugoslawien und der Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft keine Chance, und hat dies auch selbst registriert. Die abwartende russische Reaktion ist eher auf den Überraschungseffekt denn darauf zurückzuführen, dass Moskau eine ernsthafte Unterstützung des abgewählten Diktators erwogen haben könnte. Letztendlich folgte Putin den westlichen Staaten und erkannte Kostunica als neuen Präsidenten an. Er demonstrierte damit einmal mehr, dass er nicht gewillt war, die Beziehungen zu den westlichen Partnern in geopolitischen oder ideologischen Schaukämpfen aufs Spiel zu setzen.

Putin setzt die pragmatische und kooperative Außenpolitik seines Vorgängers vielfach fort. Er macht dabei aber einen besseren Eindruck als der greise Jelzin, dessen Auftritte im Ausland - zum Leidwesen vieler Russen - oft die Grenze zum Peinlichen überschritten. Was die Wirkung der Außenpolitik nach innen betrifft, so reichen die ständig wiederholten Beschwörungen der russischen Großmacht in der

multipolaren Welt offensichtlich aus, um das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Stärke und internationalem Prestige zu befriedigen. Zu sehr ist das Augenmerk der Bevölkerung nach innen gerichtet, gerade angesichts der machtpolitischen Verschiebungen, des noch immer andauernden Tschetschenienkrieges und der fortdauernden sozialen und wirtschaftlichen Probleme.

Der Katastrophenmonat

Im August, drei Monate nach der Einführung Putins in das Amt des russischen Präsidenten, wurde das Land von katastrophalen Ereignissen erschüttert: ein Bombenattentat in Moskau, das Unglück des Atom-U-Bootes "Kursk" und schließlich der Brand des Moskauer Fernsehturms Ostankino. Für den Präsidenten, der sich vor seiner Wahl den Kampf gegen den Terrorismus, die Schaffung von Ordnung und Sicherheit und die Stärkung der Armee auf die Fahnen geschrieben hatte, wurde der August zur ersten harten Bewährungsprobe und gleichzeitig zur ersten Krise seiner Amtszeit.

Das Bombenattentat am Puschkin-Platz

Am 8. August explodierte in einer Unterführung am Moskauer Puschkinplatz eine Bombe, tötete insgesamt elf und verletzte beinahe 100 Menschen. Sofort wurde die Erinnerung an die Anschläge des September 1999 wieder wach, als in Moskau und anderen russischen Städten bei mehreren Anschlägen ca. 300 Menschen ums Leben gekommen waren. Ebenso wie im Herbst 1999 stellten auch jetzt wieder russische Politiker einen Zusammenhang zwischen der Bombe am Puschkin-Platz und den tschetschenischen "Banditen" inner- und außerhalb Russlands her. Präsident Putin, der vor einem Jahr diese Propagandatrommel noch kräftig mitgeschlagen hatte, zeigte sich nun vorsichtiger und staatsmännischer. Er wies eine pauschale Verurteilung der Tschetschenen vor der Aufklärung des Verbrechens zurück. Dennoch haben Umfragen ergeben, dass die Mehrheit der Moskauer Bevölkerung "tschetschenische Banditen" für den Anschlag verantwortlich macht. Wahrscheinlich werden die Untersuchungen des Attentats jedoch ebenso ergebnislos bleiben wie nach den Anschlägen im September 1999 - damals wurde das mit dem Verdacht auf Involvierung der russischen Geheimdienste in Verbindung gebracht. Was bleibt sind Verunsicherung und die Angst, der Tschetschenienkrieg könnte tatsächlich in die russischen Städte hineingetragen werden.

Der Untergang der "Kursk"

Am 13. August 2000 sank das atombetriebene U-Boot "Kursk" während eines Manövers der russischen Nordmeer-Flotte in der Barentssee. Die Nordmeer-Flotte und vor allem die Atom-U-Boote galten neben den strategischen Streitkräften als letzter intakter Kern der Militärmacht Russland, als Inbegriff der technischen Gleichrangigkeit mit dem Westen. Anders als die Armee in Tschetschenien hat dieser Teil der Streitkräfte in den letzten Jahren keine demütigenden Niederlagen hinnehmen müssen.

Die Katastrophe in der Barentssee hat dies nachhaltig verändert. Sie weitete sich in Windeseile zu einer nationalen Tragödie, manche Beobachter meinten gar, zu einer Krise der Macht aus. In der "Newizimaja Gazeta" stand am 22. August zu lesen: "Die Ereignisse in der Barentssee zerfallen in zwei ungleiche Teile: Es ist ein Unglück geschehen, eine Katastrophe, die bereits für sich schwerwiegende Folgen hat. Einen viel schlimmeren Schlag für das Prestige des Staates und der Flotte bedeuteten jedoch die Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung und die Organisation der Rettungsarbeiten."

Die Öffentlichkeit wurde erst 24 Stunden nach dem Unfall von den Ereignissen in der Barentssee in Kenntnis gesetzt. Mit den Rettungsmaßnahmen wurde unter Verweis auf die unruhige See ebenfalls erst mit zeitlichem Verzug begonnen. Bereits in den ersten Tagen nach dem Unglück boten die USA, Großbritannien und Norwegen ihre Hilfe bei der Bergung der eingeschlossenen Mannschaft an. Armee und politische Führung lehnten dieses Ansinnen mit dem Argument ab, die Flotte habe alle nötigen Mittel, um die Rettung alleine durchzuführen. Mit jedem gescheiterten russischen Rettungsversuch wurde diese Behauptung jedoch Lügen gestraft.

Die Informationspolitik der russischen Führung schien auf bewusste Verschleierung der Tatsachen angelegt. Angaben über die Anzahl der verunglückten Seeleute, über den Zeitpunkt der letzten Lebenszeichen aus der "Kursk", über die Sauerstoffreserven an Bord waren vielfältig und widersprüchlich. Zu dieser Verschleierungstaktik passte auch die Reaktion von Staat und Armee auf die ausländischen Hilfsangebote. Zu groß schien den militärischen und politischen Repräsentanten der "Großmacht" Russland die Demütigung, nach dem Sinken der "Kursk" auch noch die eigene Unfähigkeit zur Rettung der Mannschaft offenbaren zu müssen. Zuviel Angst hatte man davor, dass die ausländischen Helfer, deren Heimatländer fast zwangsläufig NATO-Staaten sein mussten, militärische Geheimnisse entdecken könnten. So ließ man die Tage verstreichen und suchte nach Erklärungen für das Unglück, die meistens auf die aus Zeiten des Ost-West-Konflikts sattsam bekannten Verschwörungstheorien hinausliefen: Die "Kursk" sei nach einem Zusammenstoß mit einem "ausländischen" U-Boot auf Grund gegangen. Der Geheimdienst, nach einigen Tagen mit den Ermittlungen im Fall "Kursk" beauftragt, äußerte noch abenteuerlichere Vermutungen: An Bord des Schiffes hätten sich zwei Dagestanis befunden, die eine Bombe gelegt hätten, um die Tschetschenen in ihrem Kampf gegen Moskau zu unterstützen.

Die Haltung der politischen und militärischen Elite zu den ausländischen Hilfsangeboten stieß bei der Bevölkerung auf Unverständnis. In ihren Augen bestand die Hauptaufgabe darin, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Menschenleben zu retten. Eine große Mehrheit sprach sich bei Umfragen für die Annahme der ausländischen Hilfsangebote aus. Präsident Putin befand sich zum Zeitpunkt des Unglücks im Sommerurlaub am Schwarzen Meer. Zum Entsetzen der russischen Bevölkerung war ihm die Tragödie in der Barentssee nicht Grund genug, sich an den Ort des Geschehens zu begeben. Die Öffentlichkeit musste tagelang warten, bis der Präsident der Beteiligung norwegischer Tiefseetaucher und eines britischen Mini-U-Bootes an den Rettungsarbeiten zustimmte. Schließlich begab er sich selbst nach Murmansk, wo er jedoch bei den Angehörigen der "Kursk"-Besatzung nur noch auf Ablehnung stieß.

Die russische Öffentlichkeit und das Ausland reagierten auf dieses Verhalten mit Fassungslosigkeit. Die russischen Medien berichteten so kritisch über die Vorgänge in der Barentssee, wie man es seit dem ersten Tschetschenienkrieg 1994-1996 nicht mehr erlebt hatte. Sie verurteilten Putins Verhalten, die Konfusion und Sturheit der Militärs, die verschleierte und menschenverachtende Informationspolitik des Kreml und des Verteidigungsministeriums. Deren fadenscheinige Erklärungsversuche gerieten dabei ebenso ins Visier wie die ignorante Haltung der Exekutive gegenüber den ausländischen Hilfsangeboten. In gewisser Weise kann man von einer Wiedergeburt der "freien Presse" in Russland sprechen, nachdem fast ein Jahr die Medienlandschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, politisch gleichgeschaltet zu sein schien.

Warum konnte das Unglück der "Kursk" die russische Öffentlichkeit in dieser Form aufwühlen, während der Krieg in Tschetschenien, in dem seit August letzten Jahres mehrere tausend Soldaten und Zivilisten umgekommen sind, darüber fast in Vergessenheit geriet? Die Antwort auf diese Frage ist wohl auf zwei Ebenen zu suchen. Zum einen fehlt im Falle der "Kursk" das gemeinsame Feindbild, gegen das sich Bevölkerung und Führung in Russland zusammenschließen konnten. Im Tschetschenienkrieg gibt es dieses Feindbild. Putin stellte sich nach den Bombenattentaten im Herbst 1999 an die Spitze der gesellschaftlichen Empörung und führte sie gegen die "Schwarzen" im Kaukasus, zur Wahrung der territorialen Einheit Russlands und zum Schutze der russischen Bevölkerung vor feigen Terroranschlägen, Entführungen, organisierter Kriminalität - all die Dinge, mit denen die russische Gesellschaft die Bewohner des Kaukasus so gerne identifiziert. Auf die Suche nach Sündenböcken sind auch Gerüchte zurückzuführen, die den Unfall der "Kursk" mit "Fremdeinwirkung" in Zusammenhang bringen. Diesmal reagierten aber weder die Medien noch die Bevölkerung auf den Versuch, eine Atmosphäre der "belagerten Festung" zu schaffen - zu konstruiert waren die Verschwörungstheorien. Stattdessen begann die Suche nach Verantwortlichen in den eigenen Reihen. Die Debatte wurde noch forciert durch die Empörung über Ignoranz und Arroganz, mit der die Verantwortlichen das Thema behandelten. Erstmals seit der Ernennung Putins zum Premierminister machte sich ein Bruch in der neuen Einheit zwischen der politischen Führung und der russischen Öffentlichkeit bemerkbar.

Der andere Grund für die Ausweitung dieses Unfalls zu einem nationalen Trauma ist in der Großmacht-Symbolik zu sehen, deren wichtiger Bestandteil die Atom-U-Boote der Nordmeerflotte waren. Die "Kursk" galt als unsinkbar, und sie sank dennoch. Mit ihr sank das Prestige der russischen Mili-

tärmacht noch eine Stufe tiefer. Die politische Führung war nicht in der Lage, die Krise zu verarbeiten, das Militär hatte nicht einmal die zur Rettung nötigen Utensilien zur Verfügung. Woran die russischen Rettungsmannschaften tagelang scheiterten, das schafften Norweger und Briten innerhalb von nicht einmal zwölf Stunden. Nachdem die russische Gesellschaft ein Jahr lang im Gefühl einer "nationalen Wiedergeburt" gelebt und zu ihrem neuen "Führer" Putin aufgesehen hatte, klappte diese Illusion innerhalb von wenigen Tagen wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Das Ausmaß der Desillusionierung lässt sich auch an den historischen Analogien ablesen, die in den russischen Medien gezogen wurden: Häufig tauchte der Vergleich mit Tschernobyl auf, vor allem hinsichtlich der willkürlichen Informationspolitik und Führungslosigkeit in Moskau. Die "Arroganz der Macht" wurde durch Verweis auf die Geschehnisse auf dem Chodynka-Feld 1898 versinnbildlicht, wo bei einem Volksfest anlässlich der Krönung Nikolaus II. über 1000 Menschen von der in Panik geratenen Masse zu Tode getrampelt wurden, während der Zar und sein Hof beim Krönungsballett tanzten. Schließlich verglich man die Haltung Putins mit der Missachtung des Individuums, die dem sowjetischen Herrschaftssystem eigen war.

In der Nachlese zeigt sich aber, dass die Katastrophe der "Kursk" keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Position des russischen Präsidenten hatte. Putin ist für eine Legislaturperiode von vier Jahren mit fast uneingeschränkter Macht ausgestattet. Er hat nach dem Sinken der "Kursk" keine personellen Konsequenzen gezogen, was seinem vorsichtigen Umgang mit den Streitkräften entspricht. Die Empörung in den Medien und in der Öffentlichkeit ging nicht einher mit spürbarem Protest der politischen Elite, die Putins Position gefährlich werden könnte. Umfragen belegen zwar ein Absinken Putins in der Gunst der Wähler, doch ist die Zustimmung zu seiner Politik noch immer hoch. Es bleibt abzuwarten, ob der Prestigeverlust, den er in diesen Wochen erlitten hat, mittel- und langfristig zu Autoritätsverlust führen wird.

Der Wechsel - ein Schritt in die "richtige" Richtung?

Putin hat mit seinen Reforminitiativen fundamentale Schwächen des russischen politischen Systems angepackt, die sich in der Stagnation der Ära Jelzin ungehindert entfalten konnten, sogar integraler Bestandteil des "Systems Jelzin" wurden. Er hat dabei durch Entschlossenheit, Dynamik und Überzeugungskraft beeindruckt. Diese Eigenschaften waren bei russischen Führungspersonlichkeiten in den vergangenen Jahren Mangelware. Sollten die Gesetze über die Reform des föderalen Staatsaufbaus und des Steuersystems nach der Verabschiedung auch tatsächlich umgesetzt werden, so besteht die Hoffnung, dass der politische Prozess in Russland transparenter und effektiver wird. Putins Umgang mit einzelnen Oligarchen zeigen, dass er versucht, zu den Seilschaften des Jelzin-Regimes auf Distanz zu gehen. Das Zentrum des politischen Handelns scheint sich wieder in den Kreml zu verlagern. Die Staatsduma ist zum ersten Mal seit Beginn der russischen Eigenstaatlichkeit nicht von fundamental oppositionellen politischen Kräften beherrscht. Sie wird vermutlich in den nächsten Jahren eine eher konstruktive Rolle spielen. Putins Außenpolitik ist pragmatisch und führt die de facto kooperative Linie der letzten Jahre fort. Trotz der Großmachtrhetorik macht der Präsident immer wieder deutlich, dass er nicht mit den westlichen Partnern in Konflikt geraten möchte. Internationale Isolation scheint in seinem Denken hinter der Idee der Kooperation zurückzustehen.

Fragt man nach dem Demokratiegehalt der Putinschen Politik, so fällt die Bilanz negativer aus: Putins Reforminitiativen, vor allem hinsichtlich des Föderalismus, werden im Falle ihrer Implementation nicht nur zu mehr Transparenz, sondern auch zu einer Stärkung der Zentralmacht führen. Eine Tendenz zur autoritären Führung offenbart der neue russische Präsident auch in seiner ambivalenten Haltung zu Menschen- und Bürgerrechten.

Der Vergleich mit Entwicklungsmodellen à la Pinochet, der in den Diskussionen der vergangenen Monate immer wieder auftauchte, ließ in manch russischer und westlicher Stimme einen hoffnungsvollen Unterton mitschwingen: War endlich der dynamische Führer gekommen, der mit starker Hand und strengem Geist das russische Chaos ordnet und dem Land so - wenn auch mit autoritären Maßnahmen - endlich zu politischer Stabilität und wirtschaftlicher Gesundheit verhilft? Eine solche Interpretation gibt einigen Anlass zu Zweifeln.

Putin selbst steht vor der Entscheidung, entweder zur Marionette einiger mächtiger Oligarchen und Bürokraten zu werden, oder sich gegen die Kräfte zu stellen, die ihn an die Macht gebracht haben. Wählt er den zweiten Weg, so fehlt ihm - im Unterschied zu einem Augusto Pinochet, der sich auf die Armee stützen konnte - eine "Hausmacht". Die russischen Streitkräfte und Sicherheitsdienste, denen er entstammt, sind zwar ein politischer Faktor, doch sie sind zu zersplittert, um sich als einheitlicher Akteur hinter einen Führer zu stellen. Putins neutrale Position in Konflikten innerhalb der Armee zeigt, dass er weder mit dem Militär als Ganzem noch mit einzelnen Teilen der Streitkräfte eng verbunden ist und sich jetzt erst vorsichtig Loyalitäten zu sichern versucht.

Nach einem dynamischen Auftakt zunächst als Interims-, dann als gewählter Präsident hat sich Putin in einigen Situationen verunsichert gezeigt. Die Verhaftung Gusinskis, über die er nicht informiert war, und dessen baldige Freilassung hinterließen einen widersprüchlichen Eindruck. Sein Verhalten nach dem Unfall der "Kursk" zeugte von Orientierungslosigkeit. Die nächste Feuerprobe, die er zu bestehen hat, wird die Implementation der Reformgesetze sein. Man kann die Schwankungen seiner politischen Unerfahrenheit zuschreiben. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Wladimir Putin, der als russischer Präsident mit nahezu monarchischen Vollmachten ausgestattet ist, in den Bürokratien und der politischen Elite auf große strukturelle Widerstände stößt. Wieder fehlt ihm eine geschlossene Unterstützerguppe, die genügend politische Verdrängungsmasse aufbringen könnte, um diesen Widerständen zu begegnen. Die Ereignisse des August dürften seiner Autorität weiteren Schaden zugefügt haben.

Das "System Jelzin" zeigt ein Jahr nach dessen plötzlichem Rücktritt erste Brüche. Das informelle Machtgleichgewicht und die Verflechtung zwischen staatlichen Bürokratien und Oligarchen, zwischen wirtschaftlicher und politischer Elite, zwischen den regionalen Führern und dem Zentrum gerät in Bewegung. Wenn dieses System auch eine verzerrte - und auf keinen Fall demokratische - Form der "Gewaltkontrolle" war, so hielt es die verschiedenen Gruppierungen dennoch in Schach und garantierte so einen gewissen gesellschaftlichen Pluralismus. Angesichts der Tatsache, dass nicht nur sowjetische Traditionen, sondern auch die während der Jelzin-Ära entstandenen Strukturen weiter wirken werden, ist eine Entwicklung hin zu mehr Demokratie jedenfalls keineswegs gesichert. Der Tschetschenienkrieg ist ebenfalls nicht dazu angetan, die Demokratisierung in Russland zu fördern. Ein Staat, der auf dem eigenen Territorium einen brutalen Krieg führt, behindert die Entwicklung demokratischer Spielregeln und Konfliktaustragungsmodi und fördert die Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft.

Die Nachfolgeregelung, die Jelzin seinem Land angedeihen ließ - und über die er sich in seinen kürzlich erschienenen Memoiren besonders stolz äußert - erinnert eher an eine Erbmonarchie als an eine Demokratie. Die Mehrheit der Wähler hat sie bestätigt, weil sie in Putin, der ihnen die "Diktatur des Gesetzes" versprach, einen Führer aus dem russischen Chaos erblickte. Das bedeutet nicht unbedingt die Abkehr der russischen Bevölkerung von der Demokratie. Aber es ist ein Zeichen dafür, dass sich in Russland ein anderes Demokratieverständnis entwickelt hat als im Westen, wo Demokratie und ein Staat mit autoritären Neigungen sich gegenseitig ausschließen.

Das System hat sich als schwer führbar erwiesen; Putins Image trägt die ersten Schrammen. Ob die weitere Entwicklung in Richtung eines liberaleren oder autoritären Staates geht, ist noch nicht abzuschätzen. Sicher jedoch war der Wechsel von Jelzin zu Putin kein Schritt in einem linearen Transformationsprozess hin zu mehr Demokratie.